

Bezugspreis:
Jahresförderlich
Diez 4.50 M.
mit den Postanstalten
(M. Befreiung)
4.50 M.
jed. täglich mit Ausgabe
der Sonn- und
Feiertage.
Dienst und Verlag
am & Chr. Sommer,
Diez.

Diezer Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Bote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Diez, Freitag, den 27. Februar 1920

26. Jahrgang.

Nr. 45

An unsere Leser!

Die Preise für Papier, Rohstoffe, Löhne, Umlosten usw., zur Herstellung einer Zeitung erforderlich sind, sind im letzten Wochen wiederum sehr stark gestiegen.

1914 kosteten 100 kg Papier 22.50 M.
jetzt kostet 100 kg Papier 210.75 M.
1914 kosteten 100 kg Farbe 58.20 M.
jetzt kostet 100 kg Farbe 780.— M.

Die übrigen Preissteigerungen stehen in demselben Verhältnis. Wir sind daher gezwungen, den Bezugspreis der Zeitung bis auf weiteres auf

2.50 Mf

erhöhen.

Emser u. Diezer Zeitung.

Letzte Nachrichten.

Rundgebung der deutschen Heeresführer.

Mr Berlin, 27. Febr. Wie verschiedene Morgenblätter berichten, gaben am Mittwoch die zu einer Sitzung versammelten Generale bzw. Admirale von Boehm von Els, von Falckenhahn, von Hönnigh, Hammer, von Voerdingen, von Gutier, von Augenohl, Kosch, von Kluß von Kochow, Sandorff, Mantius, Quant, von Reichenstein, Scher, von Schröder, von Leipzig, von Wichura, von Winckler, Zwehl die Erklärung ab, es nicht als eine Verleumdung ihrer Ehre zu empfinden, sich einem deutschen Gericht zu stellen, aber auch nur einem deutschen, im Vertrauen auf das deutsche Reich und die deutschen Richter.

Die Stellung des Ministers Heine.

Mr Berlin, 27. Febr. Der Berliner Volksanzeiger bringt detaillierte Mitteilungen über die erschütternde Stellung des Ministers des Innern Heine. Die Meldungen entbehren, wie wir von zuständiger Seite erfahren, jeder Grundlage.

Zur Adria-Frage.

Mr Paris, 26. Febr. Der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, hat gestern die Note der amerikanischen Regierung in der Adriafrage überreicht.

Die holländische Milchlieferung.

Mr Berlin, 27. Febr. Wie der Telegraaf nach einer Meldung des Berliner Tageblattes aus dem Hause hört, verzögert die Milchlieferung, die von Holland an Deutschland gesiezt werden soll, 30.000 Liter täglich. Es ist bedächtig, diese Werte anfangs März auf 40.000 Liter zu erhöhen.

Die Kindersterilität in Deutschland und ihre Bekämpfung.

Geheimrat Dr. Emil Abberholzen, der berühmte Physiologe hat in Halle einen öffentlichen Vortrag über die Kindersterilität in Deutschland und ihre Bekämpfung gehalten, um das deutsche Publikum auf Tatsachen aufmerksam zu machen, deren Tragweite gar nicht oder nicht genügend bekannt ist und die sofortige dringende Maßnahmen erfordert.

Abberholzen, der sich seit langem mit der Frage der Kindersterilität beschäftigt, führt u. a. aus: Schon 1916 hatte die Kindersterilität in Deutschland sehr bedeutende Dimensionen angenommen, trotzdem wurden noch 1918 von offizieller Seite aus dementsprechende Meldungen bestreitet. Als endlich 1918 zum ersten Male deutsche Kinder nach der Schweiz geschickt wurden, sonderte man das Preisgünstige Jäger wohlgearbeitete Kinder dorthin. Erst nach dem Zusammenbruch trat die sichtbare Wahrheit in ihrer ganzen Tragweite zutage. Hätte Deutschland nicht krieg geführt, so wären 1914—1918 zwei Millionen Kinder mehr geboren worden. Jetzt sind weit über 100.000 Kinder unvermeidlich dem Hungertod verfallen, wenn nicht sofort gegen die Unterernährung eingegangen wird, unter der ungefähr 500.000 Kinder schwer leiden müssen; denn die Tabakskultur und die Räucherwaren in erschrockender Weise unter Deutschlands Jugend. Wir selbst schon sehen nicht mehr, wie unsre Kinder im Wachstum zurückgeblieben sind, aber die neutrale Arbeitskommission, die vor kurzem Deutschland besuchte, hat zwölftägige Kinder auf neun Jahre geschätzt.

Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und vor allem die Schweiz haben sich bereit erklärt, leidende deutsche Kinder bei sich aufzunehmen. Im Jahre 1919 war der Stand unserer Botschaft noch so, daß die meisten großen Städte Deutschlands für erholungsbedürftige Kinder Hotels in der Schweiz anmieten hatten; die Kosten wurden gemeinsam von dem Reich, der Provinz und der betreffenden Stadt getragen. Da dieses Verfahren bei dem jetzigen Stand der Botschaft nothwendig unmöglich wird, hat man begonnen, in der Schweiz freistellen zu sammeln. Dabei sind bis jetzt achttausend Kinder acht Wochen lang in der Schweiz verpflegt worden.

Abberholzen führt des Weiteren aus, daß es in Deutschland um den Gesundheitszustand der Kinder noch schlimmer bestellt sei, als um den der Wiener Kinder. Er ruft seines Artenschwundes in vielen Kreisen des deutschen Publikums. Halle ist Zentralstelle für das Ablassen der Transporte. Für die Bahnhofsarbeiter haben sich wirklich sechs Damen bereit erklärt. Auf dem Basler Bahnhof drängen sich die Schweizer hinzu, den ankommenden Kindern beim Tragen bei schützen

Paläste behilflich zu sein; kommen sie wieder in Deutschland an, so werden sie von niemanden empfangen, und nöthig müssen sie selbst die schweren Gepäckstücke auf ihren kleinen Schultern davontragen.

Die Ergebnisse des Schweizer Aufenthaltes sind übrigens geradezu glänzend. Gewichtszunahmen von 10 Pfund sind das Normal, solche bis zu 20 Pfund sind nicht selten.

Die Anstiegsfrage.

Um den Kaiser. Der Londoner Berichterstatter des "Pomeen Handelsblad" meldet, er erfuhr aus einer guten Quelle, daß die Entente nicht gern sehen würde, daß die niederländische Regierung aus den Niederlanden zu entfernen, eingeht. Die Ententemächte seien vor allem gegen die Verbannung des vormaligen Kaisers auf eine der westindischen Inseln, und zwar wegen der Nähe der südamerikanischen Straten, mit denen einige der Mächte nicht auf bestem Fuße stehen. Der Berichterstatter ist der Aufficht, daß sich die Entente ähnlich mit einer strengen Bewachung des ehemaligen Kaisers in den Niederlanden begnügen wird.

Der Verbund.

Der Kampf in den Vereinigten Staaten. Lent Telegraaf meldet die Times aus New York, daß Hoover in Baltimore eine Rede hielt, in der er sich energisch gegen das Bestreben des Präsidenten Wilson, den Friedensvertrag einem Referendum durch das amerikanische Volk zu unterwerfen, wandte. Hoover sagte, Europa könne nicht genügen, bevor der Friedensvertrag ratifiziert und die amerikanische Mitwirkung bei der Wiederherstellung des Kredits und der Erzeugung gesichert sei. Er appelliert an das amerikanische Volk, es solle im eigenen Interesse den Friedensvertrag ratifizieren. — Die Rede Hoovers fällt mit einer Bewegung unter den Demokraten zusammen, die den Frieden verfolgt, die Annahme des Friedensvertrages im Senat in der Form erfolgen zu lassen, in der sie von den Republikanern gewünscht wird.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus dem Saargebiet. Infolge der heutigen Lage im Saargebiet ist nach einer Meldung der Tel-Union aus Saarbrücken die Garnison Saarbrücken verstärkt worden. Auch in St. Ingbert und Moersberg sind französische Truppenverstärkungen eingetroffen. Mehrere marokkanische Bataillone wurden auf die Geschäftsräte des Saargebietes und der Saarpalz verteilt.

Deutschland.

Aus der Ostmark. Sir Reginald Tower erklärte kürzlich beim Empfang der Behördenvertreter, daß er die Danziger Regierungsgeschäfte auf die Dauer nicht unter alleiner Verantwortung führen wolle. Er hieß es für später für die Danziger Interessen, wenn er zu seiner Ritterung eine Körperschaft hätte, die aus eingewiesenen Bürgern bestünde. Daher denkt er an die Bildung eines Staates, der bei der Ausarbeitung der Danziger Besatzung zur Mündigkeit heranreifen werden müsse. — In der Sitzung der Botschaftskonferenz der Mächte ist beschlossen worden, daß die diplomatische Vertretung von Meuse Frankreich übertragen werden soll.

Das Reichsverkehrsmonopol. Der bayerische Ministerrat hat dem die Übernahme der bayerischen Verkehrsanstalten durch das Reich eingehend vertragt. — Länder ohne Eisenbahnlinie, Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz, Thüringen und die Harzstädte haben dem Reichstag eine Deutschrück vorgelegt, in der sie zum Übergang der Staatsseisenbahnen auf das Reich Stellung nehmen. Sie fordern, daß bei der Organisation der Reichseisenbahnen dafür gesorgt werde, daß dieselben Vororte, die den Ländern mit Eisenbahnbeziehungen dienen, auch den Ländern ohne Eisenbahnbeziehungen zugute kommen. Verhandlungen sollen eingeleitet werden, um einen besondern gewählten Ausschuß Gelegenheit zu geben, die Wünsche der beteiligten Länder zu erläutern. Zu allen Verhandlungen über die Organisation der Reichseisenbahnen sollen auch die Länder ohne Eisenbahnbeziehungen zugelassen werden, um eine gleichmäßige gemeinsame Bewaltung im Interesse des gesamten Verkehrs zu ermöglichen.

Zum Fall Slatz. In den Verfahren gegen den Kaufmann Sonnenfeld, der die Behauptung aufgestellt hat, von einer ihm nahestehenden Seite sei ihm mitgeteilt worden, daß Scheidemann und Slatz eine Prämie für die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgezahlt haben, ist Überbürgermeister Scheidemann als Nebenkläger in dem Verfahren zugelassen.

Zu der Erzberger-A Angelegenheit hat das Zentrum bisher noch keine Stellung genommen, doch wird das in den nächsten Tagen zweifellos geschehen. Wie die K. B. aus Berlin berichtet, sollte der Parteidirektor des Zentrums am Donnerstag in Berlin zusammenkommen; man habe Grund zu der Annahme, daß dabei auch die Angelegenheit Erzberger erörtert werden wird.

Ein verfassungswidriges Gesetz. Der preußische Gesetzentwurf über die Änderung der Zusammensetzung der Schuldeputation, Schulvorstände und Schulkommissionen war bekanntlich in der preußischen Landesversammlung auf den heftigsten Widerstand des Zentrums gestoßen. Der Untersuchung der Landesversammlung hatte förmlich beschlossen, über die Frage, ob diese Vorlage mit der Reichsverfassung vereinbar sei, ein Gutachten der zuständigen Reichsministerien einzuholen. Dieses Gutachten ist jetzt abgegeben worden und lautet dahin, daß die prußische Vorlage mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. So bald sich das preußische Kultusministerium zu diesem Gutachten geäußert hat, werden die Parteien der Landesversammlung zu der neuen Sachlage Stellung nehmen.

Preis der Ausgabe:
Die einfache Seite
oder deren Raum 20 Pf.
Reklameseite 90 Pf.

Ausgabensteuer:
Die, Rosenstraße 26.
Herrnprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung
Richard Hein.

Parteipolitisches.

Die Zentrumspolitik. In einer großen Zentrumssitzung in Duisburg sagte Geheimrat Trimborn, die Zentrumspartei habe mit den Sonderbündlern am Rhein nichts zu tun. Für ewige Zeiten wolle die rheinische Bevölkerung beim Deutschen Reich verbleiben. Eine Regierung ohne die Mehrheitssozialisten sei unabdingbar und unking. Die Koalition in der Regierung bedeutet keineswegs ein Bündnis der Ideen. Die Politik Erzbergers sei im großen und ganzen die des Zentrums. Selbstverständlich werde die Fraktion sich nach Beendigung des Prozesses mit dessen Ergebnis befassen müssen.

Bayerische Volkspartei und Reichsvereinigung. Nach einer Mitteilung aus Nürnberg hat dort eine Versammlung von Vertretern der katholischen Arbeiter- und Arbeiterviertelvereine sowie der christlichen Gewerkschaften in Bayern stattgefunden. Die Versammlungen verlangten die Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft zwischen der bayerischen Volkspartei und dem Reichsverein. Die Vertreter erklärten ausdrücklich, daß sie auf dem Boden der Reichsverfassung stehen und ein zeitiges Reich wollen, das Streben nach einem künftig konstruierten Einheitsstaat aber nicht billigen.

Der Schutz der Parlamente.

Unter dem Eindruck der Ereignisse vom 13. Januar hat die Reichsregierung den Entwurf eines Gesetzes vorbereitet, der den Titel trägt: Über die Bekleidung des Reichstages und der Landtage. Der § 1 lautet: Innerhalb der bestreiteten Bannkreise des Reichstagsgebäudes dürfen, solange der Reichstag oder ein Ausschuß des Reichstages versammelt ist, Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden. Entsprechendes gilt für die Gebäude der Landtage. Ausnahmen können für das Reichstagsgebäude von der Reichsregierung, für das Gebäude der Landtage von den Landesregierungen im Einverständnis mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landtages zugelassen werden.

Nach dem § 2 bestimmen diese bestreiteten Bannkreise für das Reichstagsgebäude die Reichsregierung, für die Landtage die Landesregierungen, jeweils im Einverständnis mit den zuständigen Parlamentspräsidenten.

Der § 3 bestimmt die Strafen. Wer zu einer solchen Versammlung oder zu Umzügen im bestreiteten Bannkreis auftritt, wird mit Gefängnis bestraft. Wer vorzeitig Auordnungen übertreift, die der Präsident des Reichstages oder eines Landtages über das Betreten des Gebäudes und über das Verhalten in ihm erlässt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Aus die Mitglieder des Parlamentes findet diese Bestimmung jedoch keine Anwendung.

Das Gesetz soll nach dem letzten § 5 mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft treten.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 24. Februar 1920.

In Beantwortung meiner Anfragen sagt die Regierung zu, daß zur Linderung der Wohnungsnot auf die vermehrte Bebauung von Wasser- und Windmühlen nach Möglichkeit Bedacht genommen werden soll.

Die Besprechung der Anträge über die Hochmieten wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Leibig (D. Volksp.): Wir müssen von der Regierung fordern, daß sie in dieser Zeit, in der eine Million Familien ohne Wohnung sind, ernstliche Maßnahmen trifft, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

Minister Stegerwald: Die Verordnung gibt ausreichenden Spielraum, um die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden zu berücksichtigen. Den übermäßigen Zugang von Ausländern würden wir gern abwehren, aber wir müssen hierbei im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages bleiben. Mein Grundsatz ist, daß die Hausbesitzer nicht in die Bauspekulation mithineingezogen werden dürfen. Planlosigkeit kann man mit nicht vorwerfen. Ich habe das bei den Beratungen über den Wohnungsmietesiedlungsverband gezeigt. Die Mitarbeiter haben sich jetzt bereit erklärt, länger zu arbeiten, als im Frieden. Das ist der größte Erfolg, den die Reichsregierung bisher gehabt hat. Meine Verordnung über die Hochmieten ist in den Hausbezirken ganz günstig aufgenommen worden.

Abg. Ruer (Dem.): Wir sind Begründer der freien Wirtschaft auf dem Wohnungsbau, aber auch das Wohnungswesen muß sich auf seiter Rechtsgrundlage aufbauen.

Abg. Conrad (D.-Nat.) schließt sich dem Voreddress an. — Die Abstimmung wird namentlich sein und am Montag stattfinden.

Es folgt die Beratung der Anträge auf vermehrte Haussorge für Altpensionäre, Witwer, Rentenempfänger und Behinderte mit kleinen Bezügen.

Abg. Lukasowich (D.-Nat.): Wir beantragen, den Altpensionären sofort für das laufende Jahr die vollen Teuerungszulagen der aktiven Beamten ohne Bedürftigkeitsnachweis zu gewähren.

Abg. Twardy (Soz.): Wir beantragen, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Bezüge der Altpensionäre, Pensionäre und ihrer Hinterbliebenen neu geregelt werden.

Die Abg. Schäfer, Dr. Berg (D. Volksp.), Krug (Zent.), Herrmann (D.-Nat.) und Dr. Wedl (U. S.) sprechen im Sinne der Voreddress. Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung eines Ausschußantrages, der die Teuerungszulagen zu den Invaliden- und Hinterbliebenenrenten erhöhen soll. Auch der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Abwesenheit der Regierung wird wiederum mehrfach betont. Nächste Sitzung: Mittwoch.

— Der Arbeitsplan. In der preußischen Landesversammlung wird am nächsten Dienstag die Vorlage über die Auseinandersetzung mit dem Hause Hohenzollern zur Beratung kommen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen. Dann soll eine kurze Pause eintreten, während derer die Fraktionen über den Entwurf der neuen Verfassung beraten dürfen. Der Verfassungsentwurf wird zu Beginn der nächsten Woche den Hause zugehen. Die interparlamentären Besprechungen zwischen den Mehrheitsparteien über die Verfassung können als abgeschlossen gelten, wenngleich, wie die Demokratische Partei-correspondenz meldet, zwischen ihnen über wichtige Punkte noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Der Mittellandkanal.

Im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist die Dechirist über den Mittellandkanal und die durch ihn bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen festgestellt und dem Landesbaudienstbeamten zugestellt worden, der Stellung dazu nehmen soll, welche Linienführung des Weser-Elbe-Kanals im allgemeinen Interesse den Vorzug verdient.

Die Herstellung einer durchgehenden, leistungsfähigen Wasserstraße zur Verbindung der bisher getrennten Wasserstraßensysteme des Ostens und Westens durch Vollendung des Rhein-Mosel-Elbe-Kanals hat sich, wie die Einleitung des Dechirist erläutert, als unausführbar erwiesen. Es ist daher beschlossen, der Landesversammlung hierüber baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten. Die Vorarbeiten, die der Dechirist zugrunde liegen, erstrecken sich in der Hauptache auf die drei bekannten Linien: die Nord-, die Süd- und die Mittellinie, welche diese Leistungskraft seit Jahren brüderlichen. Die Südlinie der Nordlinie ist fallen gelassen, da sie Gebiete durchschneidet, die gewöhnlich keine große Bedeutung haben und eine solche in absehbarer Zeit auch nicht erlangen werden. Hierauf stehen jetzt nur die Süd- und Mittellinie zur engen Wahl.

Die Kosten der Süd- und Mittellinie sind gleichmäßig nach dem bei den Vergütungen beim Ems-Weser-Kanal gezahlten Einheitspreis mit einem Zuschlag von über 20 Prozent für die bereits vor dem Kriege eingetretene Preissteigerung berechnet, umfassen also Friedenspreise. Danach kostet die Südlinie mit allen Anlagen ohne Anschlusskanal noch Stuttgart-Denkendorf rund 220 Millionen Mark, die Mittellinie rund 214 Millionen Mark, während an Betriebs-, Betriebs- und Unterhaltskosten bei 6000 Schleusungen im Jahre die Südlinie 1.043.000 Mark, die Mittellinie 1.372.000 Mark erfordert. Im Vergleich beider Linien wird gezeigt, daß die Südlinie in baulicher Hinsicht nicht so gut wie die den früheren Kanalvorlagen zugrunde liegende Nordlinie ist und für den Durchgangsverkehr nach Berlin und darüber hinaus einen gewissen, mit erhöhten Schiffahrtskosten verbundenen Umweg bringt. Außerdem berührt sie in voreiliger Weise wichtige Städte, Verbrauchsgebiete und Erzeugungsländer unmittelbar, schlägt gewöhnlich hoch entwickelte und weiter entwicklungsähnliche Landstreifen ein und bietet in Möglichen zu weiteren günstigen Wasserstraßenverbündungen. Die Mittellinie hat im wesentlichen die Vorteile der Nordlinie, namentlich in baulicher Hinsicht, beibehalten, um damit einen Teil der Vorteile der Südlinie zu verbinden.

In der Schlussberichtigung wird auf Grund der vorliegenden Untersuchung festgestellt, daß wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und finanzielle Ertragssicherheit des Mittellandkanals sowohl auf der Süd- wie Mittellinie nachgewiesen sind und die Ausführung daher empfohlen werden könne. Die Frage, welche der beiden Linien gebaut werden soll, kommt demgegenüber erst in zweiter Linie.

England.

Gegen die Teuerung, die größtenteils auf die Niedergewinne der Industrie und des Großhandels zurückzuführen ist, haben die englischen Gewerkschaften einen Kampf unternommen, der zweifellos Erfolg haben wird. Die Gewerkschaften ernannt eine Kommission, deren Aufgabe es ist, in allen größeren Fabriken und Handelshäusern die Ein- und Verkaufspreise der Waren festzuhalten, wonach sich dann der Gewinn der Autoren ergibt. Die beteiligten Firmen, die in dieser Weise noch Preise halten, werden von der Arbeiterspreize öffentlich an den Pranger gestellt, und außerdem hat die Kommission die Forderung um Maßnahmen gegen solche Preissteigerungen der Produktion erachtet. Die Angelegenheit kommt übrigens

in einigen Wochen auch im Unterhause zur Sprache. Der Feldzug wird von einem Teil der bürgerlichen Presse in England entschieden unterstützt.

England.

Arbeitspflicht. Ein vom Eiselturm ausgegangener Funkspruch aus Moskau berichtet über die neu eingeführte Arbeitspflicht: „Die Arbeit wird als obligatorisch erklärt. Die Arbeiter werden für Lebensdauer einer Unternehmung zu gewiesen. ganze Armeen werden nach dem Beschluß der Volkskommissar wirtschaftliche Arbeitsgebiete zugewiesen: Ein Wirtschaftsaufbau, das mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt wird, soll die Freiheit der Zwangsarbeit gegenüber der freien Arbeit beweisen.“

Troyki wurde nach einem Moskauer Funkspruch zum Vorsteher des Moskauer Arbeitsrates gewählt. Troyki erhält durch seine führende Stellung in dem Moskauer Arbeitsrat immer mehr Machtbefugnis.

Vorzugstellung der Offiziere. Der „Troyki“ folgt hat seine Politik den Offizieren der roten Armee gegenüber stark geändert, indem er ihnen ihre früheren Vorrechte wieder einräumt und ihnen hohe Gehälter zahlt.

Griechenland.

Die monarchistische Bewegung. Bei Befragung einer Interpellation in der griechischen Kammer hat Venizelos zur Verteidigung seiner Politik angeführt, daß er sich natürlich der Volksmehrheit fügen müsse, wenn diese gewonnen sei, den König Konstantin zurückzurufen. Er (Venizelos) habe versucht, seine Politik nach den Fortschritten des griechischen Volkes einzurichten. Bei diesen Worten entstanden Zitate und Widersprüche in der Kammer, wobei Venizelos weiter erklärte, daß er an dem Tage, wo das Volk ihm nicht mehr stütze, Griechenland verlassen werde und sich wieder nach Kreta begebe. — An der Stimmtag des Parlaments und den Kommentaren der Presse ist die zunehmende Propaganda der monarchistischen Partei zu bemerken, welche die Politik von Venizelos in letzter Zeit sehr stark beläuft, da die Monarchisten auf die Unterstützung Italiens rechnen, mit dem es Venizelos gänzlich verbündet hat.

Vereinigte Staaten.

Die Frau Präsidentin. Washingtoner Meldungen besagen, daß in den vorigen politischen Kreisen die größte Aufregung über die Rolle herrscht, die Frau Wilson in der letzten Zeit gespielt habe. Wie jetzt bekannt wird, hat die Gattin des Präsidenten einen bestimmenden politischen Einfluß ausgeübt, der von den Regierungsgegnern geradezu als verhängnisvoll für Amerika bezeichnet wird. Darnach war Frau Wilson die wirkliche Herrin im Weißen Hause und ohne ihren Willen konnte niemand zum Präsidenten gelangen. Selbst in den wichtigsten Staatsgeschäften mußte der Staatssekretär den Weg über Frau Wilson nehmen, um von dem Präsidenten eine Meinungsänderung zu erlangen. Nur ihren Einfluss sollen auch die jüngsten Veränderungen im Kabinett zurückzuführen sein. Man spricht in Washingtoner Kreisen davon, daß sie an der Propaganda für eine neue Präsidentschaft ihres Gatten mitbeteiligt ist und etwa ernsthafte Maßnahmen, um den unheilsamen Einfluß der Frau Wilson auszuschalten. — Also sind auch demokratische Republikaner nicht gegen die Politik geführt, die man wenig schön, aber treffend als Unterrockpolitik bezeichnet.

Kirche und Schule.

Der Reichsschulausschuß trat am Dienstag zu einer Konferenz unter dem Vorsteher des Reichsministeriums des Innern Koch zusammen. Präsident Schwarz vom Reichsministerium des Innern berichtete über die Vorbereitungen zur Reichsschulkonferenz, die bekanntlich vom 7. bis 17. April im Reichstagsgebäude stattfinden soll. Die Zahl der Vertreter ist ungefähr auf 500 gesetzt. Die Verhandlungen und Abstimmungen können keinen für die Regierung bindenden Charakter tragen, werden aber für die kommende Schulgefechtung als wertvolles, richtunggebendes Material dienen. Betreffs des Wegfalls des Einjährigenjahrigen wurde Vorschläge angenommen, wonach die in der Wehrordnung vorgesehene Prüfung nicht mehr abgehalten werden soll. Zur Frage des Zölibats der Lehrerinnen wurde folgende Entscheidung angenommen: Der Reichsschulausschuß hält es für dringend notwendig, daß die Frage

der Bereicherung von Brautinnen baldst durch Reichsrecht geregelt wird. Bis dahin wird der Unterrichtsbeamtenzirkel des Reiches empfohlen, in ihrem Amtsbericht eine vorläufige Regelung zu treffen, unter Würdigung der Bestimmungen der Reichsverfassung.

Berlehr.

1. März ab wird das deutsche Wirtschaftsleben schwer bedrängt. Deshalb soll hier auch ein Trost, wenn auch ein geringer, gespendet werden: anderen Ländern geht es nicht besser. Frankreich hat ebenso seine Eisenbahnpfarrpreise neuerdings wesentlich erhöht, und auch in Belgien hat die Regierung eine 100prozentige Erhöhung der Frachten- wie der Personentarife ab 1. Februar 1920 zugestimmt. Italien, das schon vor seinem Eintritt in den Krieg seine Tarife erhöht hatte, hat sie weiterhin heraufgesetzt, so daß sich dort eine Gesamtsteigerung von 50 bis 100 Prozent im Personenverkehr und von 140 Prozent im Güterverkehr ergibt. Auch England hat im Laufe des Krieges seine Tarife viermal heraufsetzen müssen; im Personenverkehr erreichen die Erhöhungen 50 Prozent, im Güterverkehr ist eine Erhöhung von 25 bis 100 Prozent ab 15. Januar d. J. in Kraft getreten. Die Neutralen haben beratende Steigerungen ebensoviel umgehen können. Die Schweiz hat die Personentarife allmählich um 100 Prozent, die Frachten um 180 Prozent erhöht, und auch Schweden, Norwegen und Holland haben im Laufe der Zeit ähnliche Steigerungen zu verzeichnen. Spanien hat im Jahre 1918 die Transportpreise um 15 Prozent und 1920 etwa um 50 Prozent für Personen und Güter gesetzert. Die höchsten Preissteigerungen weisen Österreich und Ungarn auf. Österreich hat 1918 und 1920 Erhöhungen von 100 Prozent für Personen und 240 Prozent für Güter, Letzteres 1917 und 1918 Erhöhungen von 300 Prozent für Güter eingeführt. Die außereuropäischen Länder sind der allgemeinen Bewegung gefolgt, wenn auch das geringere Anwachsen der Preise und die geringere Steigerung des Löhns nicht gleich hohe Tarife zur Folge gehabt hat wie in Europa. Kanada hat seine Tarife allmählich um 40 Prozent, die Vereinigten Staaten, die schon vor dem Eintritt in den Krieg Erhöhungen vorgenommen hatten, um gleichfalls 40 Prozent gesteigert. Auch dort sind neue Erhöhungen wieder in Vorbereitung.

Neues aus aller Welt.

Auf militärische Anordnung ist das Erscheinen des Bergischen Volksstammes, des unabhängigen Militärs, Parteiblattes für die Kreise Remscheid, Leine, Mettmann, Wuppertal und Gummersbach bis auf Weiteres verboten. Begründet wird die Maßnahme damit, daß das Blatt sein Versprechen, die Politik der Regierung hinsichtlich der Kohlensförderung nicht zu durchkreuzen, nicht gehalten habe.

Neben die baldige Ausszahlung der Entschädigungen an die Auslanddeutschen schweben im Reichsministerium für den Wiederaufbau Verhandlungen. Es wird gehofft, daß die Sprachkommissionen ihre Tätigkeit bald aufnehmen können.

Nach der Libre Belgae besteht die Absicht, in Maase eine belgische Schule zu errichten.

Das kaisische Wirtschaftsministerium hat die Forderung der Leipziger Handelskammer auf Befestigung der Buchgerichte abgelehnt.

Eine Verordnung der Internationalen Kommission für Norddeutschland befiehlt, daß vorläufig, solang die Verwaltung der Internationalen Kommission andauert, auch innerhalb des Gebiets der Zweiten Zone von der Begleichung der Kriegssteuern abgesehen werden soll.

Die Dampfschiffserbindung mit Ostpreußen über Swinemünde-Billau ist für die nächsten Monate geöffnet.

Die Verbandskommission beschloß, die Sachverständigen der Alliierten nach Paris zu berufen, um in den nächsten drei Monaten in Paris die Entschädigungsansprüche an Deutschland zu formulieren.

Die finnische Delegation in Paris demonstriert die Nachfrage. Estland habe mit der Sowjetregierung einen Geheimvertrag abgeschlossen.

In Madrid waren am Dienstag vormittag die Geschäftskämmer geschlossen, um gegen die Erhöhung der Eisenbahnpfarrtarife zu protestieren.

Ihre Nachfrage ist überdies bei der Ausfindung und Erwerbung seltener Stücke so oft vom Sammlergeist begünstigt worden, daß er sich mit Stolz des Besitzes von kostbaren Münzenabdrücken ihm bilden möchte.

Die Beschäftigung mit dieser Sammlung und mit den zu ihrer sachgemäßen Vervollständigung erforderlichen Studien gehörte seit Jahren der größte Teil seiner Zeit. Ueber manche vittere Stunde, die ihm durch das lange Siechtum seines einzigen Kindes bereitet worden war, hatte die Vertiefung in diese Arbeit ihm hinweggeholfen, und namentlich in den traurigen letzten Monaten hatte er beinahe jede Stunde, die nicht der kleinen Ilse gehörte, in der Einsamkeit des Müngerszimmers zugebracht.

Er hatte die Auffassung eines großen, mit wissenschaftlichen Anmerkungen ausgestatteten Kataloges begonnen, der seinen Schatz für die gesamte Gelehrtenwelt nutzbar machen sollte, und er hatte gearbeitet, wann er fast bis zur Erkrankung geprägt war, um erneut daran zu arbeiten, dankbar den Segen dieser mildevollen Tätigkeit empfunden.

Zu ihr gedachte er denn auch heute seine Ruhstätte zu nehmen, und er ließ sich an dem grünüberzogenen Tische nieder, in der Gewissheit, daß sein Tod der lauten Außenwelt bis in seine Jurisdicitionen dringen würde, um ihm mitleidlos aus dem kurzen Vergessen seines heilen Verlustes aufzurufen.

3. Kapitel.

Vielleicht war das „mobilierte Zimmer“, das Hermann Ollendorff in der Karlstraße zu Berlin bewohnte, etwas zu elegant für einen jungen Elektrotechniker von immerhin recht bescheidenem Einkommen, denn es hatte neben manchen anderen entzücklichen Bequemlichkeiten sogar den Vorsatz eines richtigen Schreibstuhles anzusehen, ein freilich schon etwas gebrochenen und altmodischen Möbels, dessen Schreibplatte zugleich mit den oberen Schubfächer durch eine Rollhalterung für unbewußte Augen abgesperrt werden konnte. Ein paar verschossene Vorhänge an den Fenstern und ein Ladenheizungsteppich befanden sich außerdem, dem Gemach einen Antheil von Wohnlichkeit und Wohlbefinden zu geben, so daß es um die Zeit der Abenddämmerung, die eben jetzt herabzuhören begann und alle kleinen Mängel mit ihren Schleier verhüllte, einen ganz behaglichen Gesamteindruck machte.

Fortschreibung folgt.

Nachtgeheimnisse.

Nachricht verboten.

Er verstand die unausgesprochene Bitte, die nun in wenigen Worten verbarg, und wie zum Zeichen, daß er bereit sei, ihr zu willfahren, beugte er sich, die siedigen Wellen ihres dünnen Haars mit seinen Lippen zu streuen.

Dann gab er sie frei und trat um ein paar Schritte von ihr weg.

„Wie hast du Hermann gefunden?“ fragte er nach einer kurzen Pause. „Es wollte mir scheinen, als ob sich zwischen ihm und seinem Vater noch immer nicht das rechte Verhältnis herausgebildet habe, und doch weiß ich, daß mein Stiebbruder alle seine Hoffnungen auf diesen Sohn setzt, an dem sich nach seiner Erwartung erfüllen soll, was er selber dem Leben vergeblich abzuringen verucht hat.“

Aber hat er nicht doch vielleicht einen falschen Weg eingeschlagen, um das zu erreichen? Dein Neffe fühlt sich noch immer sehr ungünstig in seinem Beruf, und wenn er es auch nicht geradezu ausgesprochen hat, so glaube ich doch, daß er in der Stille seines Herzens dem Vater großt, der ihn gezwungen hat, seinem Künstlertraum zu entgehen.“

„Mein Bruder hat es nur gut mit ihm gemeint, und ich kann ihm nicht unrecht geben, wenn er der Ansicht ist, daß in unseren Tagen ein tüchtiger Techniker bessere Aussichten hat, sich im Leben zu beweisen, als ein mittelmäßiger Künstler. Ich wäre ja gewiß gern erbödig gewesen, die Mittel für Hermanns Ausbildung herzugeben, aber ich würde es für eine schwere Verpflichtung gehalten haben, mich mit einem jolchen Anerbieten zwischen Vater und Sohn zu stellen. Am Ende muß ein rechter Mann sich sein Leben doch auch selber zusammern, und bei der geringen Widerstandsfähigkeit, die Hermann bisher den Besichtigungen des Lebens gegenüber bewiesen hat, dürfte die ernste Arbeit seines jetzigen Berufes für ihn auch viel heilsamer sein, als die freie Ungebundenheit einer sogenannten Künstlerexistenz.“

Margarete schwieg, denn solche Worte fliegen ganz anders als das, was sie selbst dem jungen Mann des öfteren zu ihrer Ermutigung gesagt hatte, und die Besorgnis, daß sie damit ein Unrecht gegen ihn begangen haben könnte, fiel ihr wie ein schwerer Vorwurf auf die Seele.

Der Konsul hatte eben begonnen, von anderem zu sprechen, als der Eintritt der Haushälterin ihre Unterhaltung störte. Frau Lorenz, die ohne vorheriges Anklopfen im Zimmer er-

der Temps meldet, daß in Brescchia (Italien) nun ausgebrochen sind. Es ist anzunehmen, daß der Generalstreit bevorsteht. — Der Messagero meldet, daß die Mitarbeiter einstimmig den Generalstreit von Mittwoch in festgesetzt haben.

Wohnungsbau 1920.

Ein besonderer Seite wird uns geschrieben: Nachdem das nunmehr abgeschlossene Baujahr dem Bau von Wohnungsbauten nicht unbedingt hat Rechnung tragen kann, muß rechtzeitig dafür Vorsorge getragen werden, daß die Wohnungs- und Siedlungsgebau mit Zusammensetzung alter und unter Überwindung aller entgegenstehenden Schwierigkeiten praktische Arbeit in möglichst großem Ausmaß gezeigt werden kann.

Vorbereitungen sind zunächst für die Beschaffung des Materials zu treffen. Da wegen des Kohlemangels nicht zu denken ist, gebrauchte Ziegelsteine im erforderlichen Umfang beschaffen, und da auch Holz nur in begrenztem Maße sichern wird, kommt hauptsächlich der Lehmbau für alle ländlichen und vorstädtischen Siedlungen in Betracht. Die Erfahrungen, die im vergangenen Sommer mit den beiden Lehmbaujahren gesammelt sind, beweisen, daß gegen die Lehmbauweise geführten Bedenken und die gegengesetzten Vorurteile widerlegt werden können.

Gemeinden, Siedlungsgeellschaften, Baugenossenschaften und Bauherren sollten sofort mit der Vorbereitung ihrer Pläne für das kommende Jahr beginnen und deren Durchführung durch die Menge der zur Stelle gebrachten Baustoffe, besonders solcher, die ohne Kohlen hergestellt sind oder nur aus Kohlen bei der Erzeugung verbrauchen, rechtzeitig nachvollziehen. Derartig geförderte Bauten haben Aussicht darauf, Reich und Staat in entgegengesetzter Weise mit finanzieller Unterstützung bedacht zu werden. Ein herausragendes Merkblatt über Lehmbau enthält die Richtlinien, die überall bei der Planung und Errichtung von Lehmbauern zu Grunde gelegt werden müssen, wo Erfahrungen und Kenntnis des Lehmbaus noch fehlen. Im allgemeinen ist es ratsam zu empfehlen, die am Ort heimische Ausführungsart der anzunehmenden und die erfahrenen alten Handwerker, die im Lehmbau gebaut haben, als Lehrmeister heranzuziehen. Die Handwerker finden sich fast noch überall. Ein wenig die Lieferung vorschreibt, ist auf Ausführungsarten zufriedenzugestellt, die in anderen Landestilen, allerdings oft unter dem Einfluß anderortiger klimatischer, geologischer und sonst zu berücksichtigender Verhältnisse entwidelt sind. Wo es an Lehmbauwagen und geeigneten Hilfskräften fehlt, ist die Hilfe des Verbandes zur Förderung vorstanter Bauweisen in Verbindung zu nehmen, der nicht allein die geeigneten Beratungen als Berater nachzuweisen imstande ist, sondern auch mit gesammelten Erfahrungen zur Verfügung stehen wird. Angehende Nachschreibungen über das Vorhandensein von Lehmbaugen sind von der geologischen Landesanstalt in Berlin-N.W., Brandenburger Straße, zu erhalten.

Die Unterschiede sind hauptsächlich der Lehmbau, der Klinkerbau und der Lehmstampfbau. Der Lehmbau ist in vorzüglichster Weise in der Mark Brandenburg herkömmlich. Seine Einfachheit und der Möglichkeit, unzuschätzliche und, wenn es sich um die Schaffung des eigenen Heims handelt, auch die Frau und die größeren Kinder des Siedlers einzuziehen, die bei dem Hubereiter der Steine wertvoll. Hilfswagen können, verdient er besondere Beachtung. Bei der Anlage geschlossener Siedlungen mit typischen Häusern gilt der Lehmstampfbau als billiger. Der Lehmbau in Beziehung mit Holzfachwerk aus lantigen Zimmerholzseen ist Rundholzern, kann örtlichen Gewohnheiten entsprechend, einfacher Welle angewandt werden, wenn wirklich trocken zur Verfügung steht. Bei Verwendung grüner Holz ist die erste Gefahr der Käfer nicht zu unterschätzen, besonders bei Rundholz, das völlig entblöckt zu sein pflegt.

Die Vorbereitungen, die bereits jetzt im Winter getroffen werden können, und manigfacher Art. Es empfiehlt sich, den Boden jetzt sofort auszuwaschen, im kleinen Haufen aufzutragen und darunter zu lassen. Da der Frost die Knollen auswendersprengt, ist eine besondere Durcharbeitung des Lehms vor dem Baubeginn kaum noch erforderlich. Unbedingt notwendig ist das Durchstreichen des Lehms allerdings nicht, ebenso wenig wie die Schlammten, die bei der Ziegelherstellung dazu dienen. Mit Käfern zu bekämpfen, ist der Lehmbau nicht unanständig auf der Baustelle zu gewinnen, so kann er in der Zeit eingefangen werden, in der die Gespanne in der Landwirtschaft wenig gebraucht werden. Eine Anzahl von 2-3 Pferden braucht die Wirtschaftlichkeit des Lehmbaus, der ohne Bruttokosten im Mauerwerk etwa 40-60 Prozent billiger ist, als der massive Ziegelbau, noch nicht ohne weiteres in allen Fällen auszuschließen. Wenn Schuppen zur Verfügung stehen, kann bei anhaltender milder Witterung bereits im Winter mit den Fäkalien der Steine begonnen werden. Diese sind vor Käfern und besonders vor Frost sorgfältig zu schützen, da andernfalls hoher Schaden entstehen kann. Mit den eigentlichen Bauarbeiten ist möglichst schon im März oder April, je nach der Witterung, zu beginnen.

Besonders notwendig ist es, die Bauarbeiter, die sich auf dem Lande anzusiedeln wünschen, zu einer eifriger Arbeit anzuhalten und sie zu dem Zusammenschluß mit gleichgesinnten zum gemeinsamen Tätigkeits- und gegenseitiger Anregung, wobei Vorsorge zu treffen ist, daß die Gemeinschaft auch bis zu Ende sichergestellt bleibt. Erfahrungsgemäß ist aus dieser Weise der raschste Erfolg in der Bauzeitigkeit zu erzielen.

Aus Provinz und Nachbargebieten

1. Sommersaisonplan. Der diesjährige Sommersaisonplan wird statt am 1. Mai erst zum 1. Juni eingeführt werden. Die Einschränkungen des Personenverkehrs an den Sonn- und Feiertagen müssen im kommenden Sommer noch behoben werden. Ob und in welchem Umfang später etwa eine bestreite Fortsetzung des Sommersaisonverkehrs eintreten kann, bleibt von der Gestaltung der Betriebs- und Kohlenlage abhängig.

2. Falsche 50-Mark-Scheine, und zwar eine Nachahmung der alten grünen Scheine, sind wieder vielfach im Verkehr; die eine Seite ist auffallend blau und besonders sind sie erkennbar an der schlechten Nummerierung.

3. Braubach, 23. Februar. Durch die Stadt erhält jedes Familieneinheitliches Brauhaus aus dem Walde. Die Zulassung erfolgt durch Auslösung seitens der Waldkommission. Der Preis beträgt für Scheit 20-30 Mark, für Körnchen 17-24 Mark, das Habschlöster. — Seit Sonntag haben wir auch hier einen Bauerverein. Vorsitzender wurde Gutsbesitzer Wilhelm Vohe.

4. Coblenz, 25. Februar. In den Westerwälder Hobelengauen ist der Ausstand ausgebrochen. Das kleine Elektrizitätswerk macht bekannt, daß deshalb nur für militärische und öffentliche Zwecke Strom geliefert werden kann.

5. Koblenz, 26. Februar. Die Stadtverordneten hatten sich in ihrer letzten Sitzung mit der Finanzlage der Stadt zu beschäftigen. Der Nachtragsetat für das laufende Rechnungsjahr weist einen Fehlbetrag von fast 2850 000 Mark auf. Da die Stadt aus gewinnbringenden Anlagen nichts erwischen kann, so müssen die Steuerzahler die Summe aufzutragen. Es soll an die Realsteuer, die Betriebs- und die Eisenbahnsteuer herangezogen werden, letztere mit 120 Prozent. Von der Nachrechnung bleibet die Einkommen bis zu 1200 Mark gänzlich, die von 1200 bis 1500 Mark mit 50 Prozent befreit. Der dadurch entstandene Ausfall sollen die Steuersätze über 1500 Mark tragen.

6. Limburg, 25. Februar. Vorgestern fand in der Turnhalle dichter der 66. Turntag des Lahn-Dill-Gau's statt. Vertreten waren 70 Vereine mit 150 Abgeordneten. Außerdem waren die Herren Landrat Dr. Schollen und Bürgermeister Dr. Krüppmann erschienen. Nach Eröffnung des Turntages begrüßte der Landrat namens des Kreises und zugleich namens der Stadt den Turntag mit herzlichen Worten, hob die Bedeutung der Turnerei gerade in der heutigen schweren Zeit hervor und ermahnte zum festen Weiterarbeiten zum Besten der Volksaufklärung und damit des Vaterlandes. Nachdem nach die Eröffnung durch den Vertreter des Limburger Turnvereins erfolgt war, wurde in die Tagessitzung eingetreten. Zunächst wurden die neuen Vereine, Beinhac, Kersten, Langendorf, Selters b. Weilburg und Hardt aufgenommen, womit der Gau nunmehr 100 Vereine zählt. Der Gastvater Richter Dillenburg erstaute dann in ausdrücklicher Weise den Geschäftsrat, Gauturnwart Münch-Hochberg den Turnbericht und Gaugeschäftsführer Jung-Herborn den Kassenbericht. Alle Berichte, an die sich teilweise eine recht rege Aussprache knüpfte, zeigten auf allen Gebieten wieder lebhafte turnerisches Leben und gute Aussichten für die Zukunft. Der Spenderbeitrag für 1920 wurde auf 150 Mark für alle Mitglieder über 14 Jahre festgesetzt. In den Gauvorstand für 1920-21 wurden, neben dem Ehrenvorsitzende Wagner-Bad Ems gewählt als Vorsitzender Richter Dillenburg, Gauturnwart Münch-Hochberg, Stellvertreter Hulshausen, Gaugeschäftsführer Jung-Herborn, Max-Roth, Eppstein-Limburg, Paul-Weilburg, Eduard-Dillenburg und Stricker-Els als Mitglieder des Turnausschusses und Beiräte zu Wagners Vorsitz als Beiräte. Neben den turnerischen Arbeitsplänen für 1920 wird festgesetzt: Da es bei den jüngsten Verkehrsschwierigkeiten unmöglich ist, das Gauturnen für alte Turner — Fußläufer und Wanderringen — an einem Ort abzuhalten, wird es in den 5 Bezirken abgehalten, das Gau-Gerütteturnen findet in Seelbach, der Gau-Tag in Weilburg und das Herbst-Schlüttturnen mit Androgen von Meisterschaften in Limburg statt. Außerdem halten die Bezirke das übliche Wettkennen in vollständlichen Übungen ab. Nach Erledigung verschiedener Anträge und geschäftlicher Anträge wurde die Tagung nach heimlich schmiediger Dauer geschlossen.

7. Frankfurt a. M., 26. Februar. Der Oberstaatsanwalt Rosso von der hiesigen Sicherheitspolizei ist nach Unterzeichnung von 25 000 Mark Dienstgeldern flüchtig gegangen. — Im Parteizahl erster Klasse des Hauptbahnhofes steht man einem Neuen, während er schließt, aus dem zugelassenen Mantel die Brieftasche mit sämtlichen Ausweisen und 7000 Mark barres Geld. — Bei einer polizeilichen Durchsuchung im Hotel Ecclesia am Bahnhof wurde festgestellt, daß dieses aus ausländern bewohnt war, die lediglich geschäftsmäßig in Frankfurt weilten. Ferner ergaben wiederholte Streifen durch das Bahnhofsviertel und die Altstadt, die Anwesenheit von zahlreichen Polizisten, Polen und anderen Ostländern. Bei diesen Leuten, die durchweg ungewohnt hier wohnen, sind man sehr erhebliche Vorfälle vom Edelmetall.

8. Frankfurt a. M., 26. Februar. Das beim Landgericht eingeklagte Buchergericht hielt gestern seine erste Sitzung ab. Der des Schleichhandels angeklagte Obsthändler Rauh-Jornoss wurde zu vier Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe beantragt. Jornoss hatte 280 Pfund Wehl im Schleichhandel erworben und als Obst deklariert. Der Vorsitzende erklärte die Verordnung über die Buchergerichte für rechtsgültig, da sie auf dem Reichsgesetz vom 17. April 1919 fuhr, das der Regierung alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers übertragen habe. Das Buchergericht steht auch nicht im Widerspruch zur Verordnung, denn es handelt sich nicht um ein Ausnahmegericht.

9. Wiesbaden, 25. Februar. Eine große Bürgerversammlung sprach sich für den sofortigen Anschluß Wiesbadens an die oberhessische Ueberlandzentrale aus. Die Anlage des Ortsanges ist fast eine Million Mark währ. errichtet 700 Bürger ihre Teilnahme an dem Unternehmen. Die Bausubskriptionskasse der Wiesbadener Gruppe, auf denen die Zentrale gewirkt wird, gaben sorgfältige Berechnungen zufolge noch reichlich 200 Jahre.

Aus dem Unterlahnkreise.

10. Parteibewegung. Die Organisation der Deutschen Volkspartei ist, wie uns geschrieben wird, in den letzten Wochen im Unterlahnkreis recht erfolgreich ausgebaut worden. Die von der Partei veranstalteten Versammlungen, haben sich eines überaus starken Beifalls zu erfreuen. In den letzten Tagen hielt die Deutsche Volkspartei größere Versammlungen ab in Glashütte, Nettetal-Beendorf, Bördorf und Düsseldorf. In den Versammlungen pro Woche Geiste der Geschäftsführer der Partei W. Jäger-Wiesbaden. Aber die politische Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei. Seine Aufführungen haben überall allgemeine Zustimmung und lebhaften Beifall. Eine große Anzahl Landsleute, die der Partei treu verstanden, sind ihr als Mitglieder beigetreten.

11. Viersen, 25. Februar. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß zurzeit eine Revision der Quittungskarten in unserem Kreise der Landesversicherungsanstalt stattfindet. Unsere Leute machen vor darauf aufmerksam, daß infolge Reisebewilligung der Sachbezüge vom 1. Januar 1920 ab, ist sämtliches Dienstpersonal, das Barlohn und volle Tagesversorgung erhält, Invalidenmarken zu 50 Pfennig entrichtet werden müssen. Die Anwendung niedriger Marken ist strafbar.

Aus Bad Ems und Umgegend.

12. Wahl der Elternbeiräte. Die Regierung in Wiesbaden hat die Wahlen zum Elternbeirat für unsere Volksschulen auf Sonntag, den 14. März festgesetzt. Deshalb findet die Wahlfestversammlung am Sonntag, den 29. Februar, nachmittags 3 Uhr, in den Volksschulen statt. In dieser Versammlung wird der Wahlvorstand gewählt.

13. Kaiser-Friedrich-Schule. Die Anstalt ist eine Realschule mit Realschul-Realgymnasium, d. h. sie gabelt sich ab Untertertia in eine reale und eine realgymnasiale Abteilung. Nachdem die Schüler in Sexta mit Französisch begonnen, haben sie in Untertertia die Wahl zwischen Englisch und Latein als zweite Fremdsprache. Für die Lateiner tritt dann in Untertertia Englisch hinzu, das in starker Stundenzahl bis zur Schlußprüfung eingehend getrieben wird. — Die Anstalt wird zurzeit von 135 Schülern besucht. Davon sind 92 aus dem

Schulort, 43 von auswärts, Evangelisch sind 79, katholisch 42, Dissidenten 2, Juden 12.

14. Höhere Mädchenschule (Luise-Schule). Die Anstalt ist eine überklassige Höhere Mädchenschule. Die Schülerinnen treten nach vier Volksschuljahren in die unterste Klasse ein. Das sechsjährige Pensum der Olyzeiklassen 7-2 wird in fünf Jahren durchgearbeitet, sodass die Schülerinnen nach 5-jährigem Besuch in die erste Klasse eines Gymnasiums übergehen können. — Die Anstalt wird zurzeit von 79 Schülerinnen besucht. Davon sind 68 aus dem Schulort, 11 von auswärts. Evangelisch sind 57, katholisch 16, jüdisch 6.

15. Der Volksverein für das katholische Deutschland, Ortsgruppe Bad Ems, lädt die Vorstände und Bedienstete katholischer kirchlicher Volksvereine zu einer Versammlung heute abends 7.30 Uhr, im "Prinz Karl" ein. Auf der Versammlung steht ein Vortrag des Studienassessors Schmidt über Volksverein — Zentrumspartei — Schulorganisation, ein Vortrag über die Einrichtung der hiesigen Volksvereinsbücherei und Mitteilungen.

16. Der Arbeiter-Bildungs-Ausschuss veranstaltet am Sonntag, abends 7.30 Uhr, im Alten Saal den ersten öffentlichen Vortragabend. Pfarrer Gmme wird über das Thema: Ist das Christentum in der modernen Welt noch möglich? sprechen. An den Vortrag soll sich eine freie Aussprache anschließen.

17. Der Kändereverein Bad Ems hielt am Mittwoch seine 27. Generalsversammlung ab, die gut besucht war. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende gab, und aus den Ausführungen des stellvertreters war zu entnehmen, daß der Verein mit den Ergebnissen des vergangenen Jahres vollständig zufrieden sei. Man darf die Hoffnung haben, daß es gelingen wird, dank der freudigen Unterstützung, die der Verein durch die Bürgerschaft gefunden hat, die finanzielle Lage zu verbessern. Leider kann unter den heutigen schwierigen Verhältnissen von der Beschaffung neuen Bootsmaterials abgesehen werden, dagegen ist es gelungen, einen gebrauchten Rennboot zu kaufen. Einig war man sich darüber, daß als erstes an die Errichtung eines Bootshauses gedacht werden müßt, um die wertvollen Boote unterzubringen. Es wurde beschlossen, einen Plan dazu durch die Mitglieder Hesse und Valentin ausarbeiten zu lassen. Als Vorsitz geeignet erscheint ein Grundstück, das dem Garten des Mainzer Hauses gegenüber, an der Lahn gelegen ist und an die Malzogen grenzt, in denen das alte Marmorkrabbe seine Aufstellung gefunden hat. Ein entsprechender Vorschlag wird der Stadt, mit der Bitte um Stellungnahme dazu eingereicht werden. Der neu gewählte Vorstand setzt sich folgendem zusammen: 1. Vorsitzender C. Küder, 2. Vorsitzender Dr. Steinmüller, 1. Schriftführer Erich Höbel, 2. Schriftführer Heinr. Kauth, Kassierer J. Hesse, Materialverwalter Peter Nink, 1. Fahrradwart J. Valentin, 2. Fahrradwart W. Biehmann.

Aus Nassau und Umgegend.

18. In der evangelischen Kirche sprach in feierlichermißlichen Ausführungen der Missionsinspektor des Allgemeinen Missionsvereins Pfarrer Knodt, Berlin. Er legte dar, wie die Arbeit der deutschen evangelischen Mission während des Krieges in Ostasien ungünstig weiter getrieben werden konnte und wie sich jetzt wo uns Deutschen sonst die ganze Welt verschlossen ist, in Japan und China immer neue Arbeitsfelder und Wirkungsmöglichkeiten eröffnen. Denn, so wie es verhängt an verschiedenen Missionskirchen möglicherweise japanischer und chinesischer Persönlichkeiten nach Japan und China brauchen das Evangelium bitter nötig, sie wissen es selber und verlangen spanisch; das Evangelium, von dem sie bei uns in Deutschland so viele abwenden oder dem sie stumpf und gleichgültig gegenüberstehen! Der Vortrag war eine glänzende Befürwortung des Rechtes und der Notwendigkeit deutsch-evangelische Arbeit im fernen Osten, ein Beweis für die lebhafte Kraft christlicher Freiheit auch in der gegenwärtigen Zeit und für den Segen, der von der Missionsarbeit auf das heimatliche kirchliche Leben übergeht. Leider war der Besuch der Veranstaltung nicht gut. Zu Laufe des kommenden Sommers will Missionsinspektor Knodt hier ein Missionsfest in größerem Umfang veranstalten, das dann stärkere Teilnahme finden sollte.

Aus Dier und Umgegend.

19. Mäusejagd. In der ganzen Gegend, besonders in den umliegenden Dörfern, ist zu beobachten, daß seit kurzer Zeit ein direkt fanatisch betriebener Mäusejagd der kleinen und mittleren Mäuse eingesetzt hat. Die Hauptstadt daran tragen unbestreitig die, wie für alle bekannten Artikel so besonders hier, ganz ungehoben hohen Preise, die für den Pelz des Kleinen Dierens gezahlt werden. Alt und Jung stellt dem Tier nach. Es ist ein förmlicher Wettkampf und eine täglich sich wiederholende, oft sehr unerträgliche Fehde um die in Wiesen in den Wiesen und hier und da auf den Feldern aufgestellten Fallen. Kein Wunder, ein Jäger bedeutet so fast eine ausständige Tageseinnahme und die Folgen? Nur noch kurze Zeit zu weiter, und es ist zu fürchten, wie sind diesen verkannten Freunden unserer Landwirtschaft dann völlig los. Dann wird sich aber wohl im überhandnemden Ungeziefer eine schlimmere Seite der Sache zeigen, als sie Mäusejagden bedeuten, die im Übermaß auftreten, das soll nicht verkannt werden, zumindest läßt sich nicht sagen. Aber in Anbetracht des wirklich weit überlegenden Nutzens ist doch auch an dieser Stelle recht ernstlich geraten, dieses Mäusejagden um des Geldes willen einzuhören. Am übrigen ist die deutsche Bevölkerung, die den Mäusejagd wegen seiner Mühseligkeit unter Androhung hoher Strafen unter Schutz stellt, noch in Strafe

20. Der Turn- und Festverein hält heute, abends 8 Uhr im Gasthaus von Jakob Diehl, Marktstraße, seine Jahresdauerversammlung ab, auf die an dieser Stelle nochmals hingewiesen sei. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen erforderlich. Auch veranstaltet der Verein am Sonntag, den 29. Februar eine Wanderung für die Mitglieder und deren Angehörige nach Gergeshausen. Treffpunkt 1.30 Uhr Bahnhof.

21. Altendiez, 27. Februar. Vorgestern morgen wurden an der Lehrküche und Personalansatz des Steinbruchs Arbeiters W. L. von Altendiez gefunden. Da der Mann sehr leidend war, wird angenommen, daß der Unglücksfall den Tod in der Lohn gesucht hat. Die Leiche konnte noch nicht aufgefunden werden.



